**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 68 (1988)

**Heft:** 7-8

**Artikel:** Sicherheitspolitik oder Risikopolitik? : Konsequenzen der "Normalisierung" zwischen den Supermächten für die Schweiz

**Autor:** Däniker, Gustav

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-164578

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 07.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Gustav Däniker

# Sicherheitspolitik oder Risikopolitik?

## Konsequenzen der «Normalisierung» zwischen den Supermächten für die Schweiz

Seit Mitte der achtziger Jahre stehen wir einer neuartigen politisch-strategischen Herausforderung gegenüber, deren Bewältigung den persönlichen Einsatz aller Schweizerinnen und Schweizer voraussetzt, die sich für das Wohl dieses Staates verantwortlich fühlen. Ihre Entscheidung wird unvermeidlich sein, etwa nach dem Motto: Jeder kann sagen, Sicherheitspolitik interessiert mich nicht, aber keiner kann sagen, Sicherheitspolitik geht mich nichts an. Man kann sich nur drücken oder engagieren.

Dieses Engagement ist jedoch schwierig, weil nicht Druck, sondern Sog zurzeit das Hauptproblem darstellt. Wer bedroht wird, dem fällt es leicht, sich auf Widerstand einzurichten. Wer mit baldigem Angriff rechnet, der hat keine Mühe zu begreifen, dass er seine Verteidigung verstärken muss. Anders derjenige, dessen innerste Wünsche nach Entspannung und Frieden offensichtlich glaubwürdig in Erfüllung gehen; er tut sich schwer, wachsam und gerüstet zu bleiben, um den aller Erfahrung nach weiterhin möglichen Rückschlägen gerecht zu werden. Gefühl und Verstand geraten in Widerstreit. Mehr noch: Ein schlechtes Gewissen macht sich breit, wenn man den stets selbst geforderten Entwicklungen zunächst lediglich mit Skepsis begegnen muss.

Konkreter gesprochen geht es heute um die Frage, ob wir den offensichtlich eingeleiteten Normalisierungsprozess zwischen den Supermächten, soweit das einem Kleinstaat möglich ist, mit allen Kräften und sogar unkonventionellem risikoreichem Verhalten, fördern wollen, oder ob wir in der bewährten, traditionell vorsichtigen Manier des Kleinen gegenüber den Grossen verharren müssen, um nicht bei plötzlichen Klimaverschlechterungen unliebsame Überraschungen zu erleben, ähnlich wie man Ende der dreissiger Jahre konstatieren musste, dass das westliche Appeasement und die westliche Friedenssehnsucht zu den wesentlichen Kriegsursachen gehörten. Trotz Anstrengungen, die Schweizer Armee in letzter Minute aufzurüsten, war sie 1939 deshalb nicht bereit, weil es zwischen 1918 und 1936 unmöglich gewesen war, das Schweizer Volk zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Verteidigungskraft zu bewegen. Der Gedanke an militärische Bedrohung und Krieg schien absurd.

Heute klaffen Wahrnehmung und Wirklichkeit wiederum auseinander, was ähnliche Fragen aufwirft. Besitzen die verantwortlichen Behörden und die militärischen Fachleute die Überzeugungskraft, ihre nüchterne Lagebeurteilung auf die Öffentlichkeit zu übertragen? Besitzen sie zudem die Aufgeschlossenheit und wohl auch die nötige Phantasie, um den schweizerischen Beitrag an die allgemeine Friedenssicherung und Krisenbeherrschung, wie er in unserer Sicherheitspolitik verankert ist, so zu aktualisieren und zu erläutern, dass er von jenen Teilen unseres Volkes, vorab den Jüngeren, die den Frieden aktiv angehen wollen, zur Kenntnis genommen und zusammen mit der bewahrenden Komponente unserer Gesamtverteidigung als ein vernünftiges «sowohl als auch» akzeptiert werden kann?

Sind wir in der Lage, den Meinungsbildungsprozess so zu gestalten, dass für jedermann der Entscheidbedarf in diesen grundsätzlichen Fragen klar wird? Und schliesslich, nützen wir die Chance, die uns ein radikal-utopisches Initiativbegehren bietet, um aufzurütteln und zu zeigen, worum es letztlich geht? Nicht um eine Sachfrage allein, nicht um ein bisschen mehr oder weniger bei den Militärausgaben, sondern um die Beibehaltung oder die Aufgabe eines existenziell wichtigen Bestandteils unseres Staates und seiner überzeugenden aussenpolitischen Haltung der immerwährenden bewaffneten Neutralität?

Die schweizerische Demokratie hat den Test bereits bestanden, indem sie diese Initiative auf Abschaffung unserer Armee nicht als verfassungswidrig, sondern als abstimmungswürdig erklärte, obwohl man sich in guten Treuen fragen kann, ob sie mit Artikel 2 BV wirklich vereinbar ist. Werden ihn aber auch die Demokraten bestehen, indem sie diesen Angriff, der letztlich auf die Abschaffung der Schweiz in ihrer heutigen Form abzielt, an der Urne klar und deutlich zurückweisen? Schon mancher demokratische Entscheid hat, wie wir wissen, zu Beeinträchtigungen der staatlichen Handlungsfreiheit, ja sogar zum Verlust der Demokratie geführt. Ein Blick auf das äussere und innere Umfeld möge zur Beantwortung solcher Fragen beitragen.

## Wende im Osten – Verwirrung im Westen

Wenden wir uns zunächst dem internationalen Umfeld zu. Die Entspannung oder «Normalisierung» wie man sie in Moskau nennt, im Verhältnis zwischen Ost und West ist nicht allein das Ergebnis der neuen Politik eines einzelnen Mannes. Schon vor dem Amtsantritt von Generalsekretär Gorbatschow wich die Sowjetunion vom starren Konfrontationskurs ab. Als sie einsah, dass weder westliche Friedensmärsche noch östliche Drohungen die Nachrüstung verhindern konnten, erfolgte eine abrupte Wendung.

Den westlichen Friedensmarschierern wurde gleichsam der Teppich unter den Füssen weggezogen: ihre Bewegung kam zum Stillstand wie eine Division, deren Nachschublinie plötzlich unterbrochen wird. Nur einige Unentwegte machten weiter, aber der Elan war gebrochen. Die Sowjetunion kehrte an den Verhandlungstisch zurück und begann zu taktieren.

Inzwischen war Gorbatschow auf den Plan getreten und zeigte in Genf seine Fähigkeiten als Visionär und Kommunikator. In Reykjavik ging er aufs Ganze und wollte gleichsam im Überraschungscoup die von den Sowjets gefürchtete «Strategische Verteidigungsinitiative» (SDI) stürmen und schleifen. Doch Präsident Reagan schreckte kurz vor dem Handschlag davor zurück. Er erkannte — vielleicht mehr intuitiv als rational — dass damit eine Schleuse geöffnet worden wäre, die kaum wieder hätte geschlossen werden können.

Der Vertrag von Washington markierte vollends den historischen Wendepunkt. Zum erstenmal in der Geschichte verpflichteten sich die Supermächte, eine ganze Kategorie von Atomwaffen abzubauen und die entsprechenden Trägersysteme zu vernichten. Zum erstenmal anerkannte die Sowjetunion den Grundsatz: Wer mehr hat, baut mehr ab! Und zum erstenmal willigte sie in ein rigoroses System der «on-site»-Inspektion ein. Glasnost und Perestroika schienen auch auf dem Gebiet der arms control Wirklichkeit zu werden.

Der Westen wurde von diesen Vorgängen überrascht und verwirrt. Namentlich in der Bundesrepublik wies man sorgenvoll darauf hin, dass eine östliche Überlegenheit auf dem Gebiete der Atomwaffen mit einer Reichweite unter 500 km von 13:1 übrigbleibe und dass das konventionelle Übergewicht des Ostens drückender als je zuvor auf den Ost-West-Beziehungen laste. Die doppelte Null-Lösung im Mittelstreckenwaffenbereich sei politisch begrüssenswert, militärisch aber bedenklich. Niemand schien zu überlegen, ob es denn wirklich besser sei, auf drei strategischen Ebenen unterlegen zu sein als nur auf zwei. Und nur schwer setzte sich die Einsicht durch, die Essenz der «flexible response» sei auch mit den verbleibenden Atomwaffen und dank der andauernden amerikanischen Truppenpräsenz weiterhin gesichert.

Gorbatschow, der während seiner ersten 18 Monate 22 Abrüstungsvorschläge gemacht hatte und nur allmählich realistischer wurde, gelingt es weiterhin, den Westen unter Druck zu setzen. Seine mögliche Offerte, auch die sogenannten atomaren Kurzstreckenwaffen abzubauen, scheint ein Albtraum für NATO-Militärs, ebenfalls der Gedanke daran, man müsse im konventionellen Feld verhandeln und habe nichts Ähnliches anzubieten, wenn der Osten seine Überlegenheit zur Disposition stelle. Wie wenn es in erster Linie darum ginge, dass der defensiv strukturierte und zahlen-

mässig in den allermeisten Kategorien unterlegene westliche Block symmetrischen Reduktionen zustimmt. Ideen, wie Überraschungsschläge und rasche Truppenkonzentrationen zu Angriffszwecken vermieden werden könnten, wären demgegenüber willkommener und akzeptabler, weil sie dort ansetzen, wo die bedrohliche Wirkung östlicher Militärmacht politisch am wirksamsten ist. Sie wären wohl verhältnismässig leicht zu formulieren und würden auch von der westlichen Öffentlichkeit verstanden.

Statt dessen sucht man nach Wegen, dem Osten goldene Brücken zu bauen. Weite Kreise, die Frieden mit Wehrlosigkeit gleichsetzen, sind wie besessen von der Idee, den Abrüstungsschwung von 1987/88 auf keinen Fall zum Erliegen kommen zu lassen. Schon wird nach Sündenböcken gesucht, die dafür verantwortlich sein sollen, dass die sogenannten «deep cuts», die 50-Prozent-Reduktion der strategischen Nuklearsysteme, nicht, wie ursprünglich geplant, schon beim Maigipfel in Moskau vertragsreif waren. Dass gerade dieses Unterfangen mit seinen weitreichenden Konsequenzen und der besonderen Schwierigkeit der Verifikation ausserordentlich komplex und damit risikoreich ist, scheint nicht allen Kommentatoren einzuleuchten.

Mit dem gleichen Misstrauen behandeln zahlreiche Wehrexperten der westlichen Welt die Strategien, Doktrinen und Kriegsmittel der NATO. Mit Hingebung und Eifer werden immer wieder neue Modelle «defensiver Defensive» und «struktureller Nichtangriffsfähigkeit» ausgearbeitet und auf dem Marktplatz der internationalen Strategentreffen angeboten. Der primäre Zweck sei, den Osten zu überzeugen, dass der Westen keinen Angriff im Schilde führe, ersteren auf alle Fälle nicht zu provozieren. Als ob Geist und Struktur der NATO sie zu einem Angriff befähigen würde! Die ebenfalls recht naheliegende Konsequenz einer Schwächung der westlichen Verteidigungskraft wird nicht gesehen oder entrüstet zurückgewiesen.

Im kleinen Grenzverkehr der Abrüstungsexperten, in deutsch-deutschen Parteitreffen und einem regen polit-strategischen Tourismus wird solches Denken geradezu kultiviert. Das Schweizer Modell defensiver Verteidigung, das seit dem Zweiten Weltkrieg «garantiert offensivfrei» entwikkelt und perfektioniert wurde, gilt dieser Art Gelehrten als suspekt, weil es an der Fähigkeit festhält, ins Land eingebrochene Gegner wieder über die Grenze zurückzuwerfen. Die zu solchen Operationen unabdinglich nötigen Panzer und Flugzeuge stimmen sie immerhin nachdenklich. Was, wenn zur Charakterisierung einer wahren Verteidigungsarmee weniger der Verzicht auf wirksame Waffensysteme als eine wahrhaft friedliche Gesinnung von Regierung und Volk gehörte?

Der «Feldherr Psychologos» im Kreml hat die Chancen solcher Verunsicherung jedenfalls klar erfasst. Wenn der eigene Militärapparat aus

innenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen schon abgebaut werden muss, dann soll der Westen wenigstens nicht davon profitieren, sondern zu einer bleibenden Verminderung seiner militärischen Stärke veranlasst werden. Neben den laufenden Verhandlungen, neben dem Versuch, in Wien eine neue Konferenz für konventionelle Stabilität in Europa aus der Taufe zu heben, werden im unverbindlichen Gespräch westliche Kategorien geschickt in die sowjetische Terminologie eingeführt. Die sowjetische Militärdoktrin sei defensiv, sie strebe lediglich eine «ausreichende Verteidigungsfähigkeit» an. Modelle «defensiver Verteidigung» — von Westlern für den Westen entwickelt — werden von Gorbatschow eigenhändig verdankt und gelobt. Auch Verteidigungsminister Yasow beteuert den «Verzicht auf Überlegenheit» der Roten Armee, und der einseitig eingeleitete Rückzug aus Afghanistan scheint sie glaubwürdig zu belegen. Was noch kürzlich als «Schlüssellochspionage» kategorisch abgelehnt wurde, gilt heute als notwendige und voll akzeptierte Inspektion und Verifikation.

Kein Zweifel, der Osten hat sich bewegt. Seine Bewegung stimuliert Überraschung, Staunen, zunehmend aber auch Hoffnung, Begeisterung und Illusionen. Was Glasnost und Perestroika zutage fördern, nehmen die wenigsten als Bestätigung jenes düsteren Sowjetbildes, das in letzter Zeit so oft in Frage gestellt wurde und als Propaganda Kalter Krieger abgetan worden war; man sieht vielmehr auf die Verheissungen und verwechselt Deklarationen mit vollzogenem Wandel, die von oben verordnete Neuorientierung mit einer tiefgreifenden Umgestaltung. Die unveränderten Rüstungsanstrengungen und das Fehlen konkreter Anzeichen einer wirklich neuen Militärstrategie, scheinen nicht zu stören. Das für ein westliches Publikum geschriebene Buch des Staatschefs ist trotz seiner Widersprüche und zahlreicher Elemente eklatanter Desinformation der gesuchte Bestseller. Die Unklarheit der Zielsetzungen, die Gefahr der Rückschläge, die Dauer des Prozesses werden kaum in Rechnung gestellt.

## Echowand Schweiz

Wie so oft, wirft die Schweiz die Geräusche der internationalen Debatte als Echowand mit einiger Verspätung und etwas verzerrt zurück. In den allgemeinen Tonfall mischen sich allerdings auch eigene Töne. Manches wird gedämpft, manches radikaler wiederholt. Die halbdirekte Demokratie schafft Ventile, aber auch die Möglichkeit, radikale Ideen als echte Alternativen vorzutragen.

Die nähere Analyse zeigt, dass die Schweiz den Stimmungsumschwung der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen mitmachte. Vom Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan war man schockiert. Dennoch

bewog die sowjetische Kampagne gegen die Nachrüstung auch viele Schweizer, in der Idee eines Gegengewichts gegen die SS-20 eine grössere Gefahr zu sehen als in den sowjetischen Mittelstreckenwaffen selbst. Die energische Rhetorik der jungen Reagan Administration, welche sich von derjenigen Präsident Carters deutlich unterschied, wurde weitherum als provokativ eingestuft. Nicht wenige übernahmen die These, dass die Nachrüstung die Sowjets zwangsläufig zu einem Präventivschlag zwingen werde. Die Kriegsfurcht nahm auch bei uns beinahe hysterische Formen an. Die Titelgeschichten der Magazine und Illustrierten stimulierten apokalyptische Visionen. Kanzler Schmidt tat seinen berühmten Ausspruch, niemand wolle den Krieg, aber alle verhielten sich so, dass er früher oder später ausbrechen werde. Er wurde auch hierzulande häufig zitiert. *«Friede ist möglich, Krieg ist wahrscheinlich»,* war damals selbst die Ansicht von C. F. von Weizsäcker.

Wie wiederholt seit 1945 schlug die Angst vor den Atomwaffen auf die Politik durch. Tiefere Ursache war diesmal ein markanter Rückgang der Glaubwürdigkeit der Vergeltungsstrategie nuklearer Abschreckung. Der Rüstungswettlauf vorab im Bereich nuklearer Waffen beunruhigte auch zahlreiche Bürger des neutralen Kleinstaates. Die Grundprobleme der Friedenssicherung im Atomzeitalter wurden neu und oft mit wenig Sachkunde diskutiert. Regierungen und Experten schienen ratlos. Die Völker, so die weitverbreitete Meinung, mussten ihre Forderungen, aber auch ihre Furcht selbst und direkt zum Ausdruck bringen.

Den riesigen Friedensdemonstrationen im Ausland folgten ähnliche Aufmärsche in Bern, welche jene Zahlen zwar auch im Verhältnis betrachtet nicht ganz erreichten, den gewohnten helvetischen Rahmen aber deutlich sprengten. Ihr betont antiamerikanischer Charakter war unverkennbar. Obwohl es der sogenannten schweizerischen Friedensbewegung vorbehalten blieb, stramm auf der Linie Moskaus zu marschieren, hieben viele andere Friedensgruppierungen in dieselbe Kerbe. Ein Krieg schien nur verhindert werden zu können, wenn auf die westliche Nachrüstung verzichtet würde. Dass dies das ebenfalls erklärte Ziel der sowjetischen Aussenpolitik war, gab offenbar nicht weiter zu denken.

Auch in der Schweiz hörten indessen die Grossaktionen der Friedensbewegungen mit Beginn der Nachrüstung beinahe schlagartig auf. Die Kirchen, die das Thema Angst und Panik spät, aber eifrig aufgegriffen hatten, kehrten ebenfalls zu ihren üblichen Themen zurück. Interessant ist es beispielsweise, die Programme christlicher Zirkel in diesen Jahren zu verfolgen. Der Pendelschlag einer propagandistischen Meisterleistung lässt sich darin fast auf den Monat genau verfolgen.

So rasch und dramatisch die Kriegsangst gestiegen war, so rasch fiel sie also auch bei uns in sich zusammen. Das Thema SDI erhitzte zwar seit

1983 ebenfalls einige Gemüter, eine Massenbewegung konnte es aber nicht hervorrufen. Man begann sich jedenfalls anderen Sorgen zuzuwenden. Die periodischen Meinungsumfragen zeigen den Umschwung deutlich: ab 1985 traten die Umwelt, namentlich das Waldsterben, die Arbeitslosigkeit und Aids in den Vordergrund. Die Unglücksfälle von Tschernobyl und Schweizerhalle beschäftigten die Gemüter und die Medien. Die Asylantenpolitik polarisierte weite Kreise.

Kriegsgefahr nimmt man heute offenbar nur noch am Rande zur Kenntnis. Dass 1987 weltweit 26,6 Millionen Männer und Frauen unter den Waffen standen, 800 000 mehr als im Vorjahr, dass in insgesamt 22 Kriegen und offenen Konflikten im vergangenen Jahr 2,2 Millionen Menschen, davon immerhin rund ein Drittel Zivilisten starben, scheint niemand besonders zu berühren. Keine Friedensbewegung entstand für den Golfkrieg, keine für den zerstrittenen Libanon, keine Greenpeace-Aktionen fanden statt gegen den Tankerkrieg; niemand hält dort offenbar die Meeresverschmutzung für gravierend. Es musste Mai 1988 werden, bis Greenpeace gegen ein sowjetisches Kriegsschiff demonstrierte.

Was soll damit gesagt werden? Obwohl in der Welt brutale Gewaltanwendung, Ungerechtigkeit und Verletzung der Menschenwürde zuhauf existieren, und dies keineswegs allein in Salvador, Chile, Südafrika oder auf dem Westufer des Jordan, konzentrieren sich die schweizerischen Friedensbewegten zusammen mit nicht wenigen Journalisten auf den «Militarismus» der Schweiz, der den «Frieden gefährde und der Ungerechtigkeit Vorschub leiste». Sie verlangen, angeführt von einer militanten Gruppe von Leuten, denen unser heutiges System offenbar nicht passt, die Abschaffung der einzigen wirklichen Milizarmee, die seit bald zweihundert Jahren ausschliesslich der Selbstverteidigung dient. Das, was sie vor Jahren kaum zu träumen wagten, ist ihnen gelungen: das Schweizervolk an die Urne zu kommandieren für eine Forderung, die letztlich eine Farce ist, weil wohl niemand glauben kann, dass der Friede nach der Abschaffung der Schweizer Armee sicherer sein würde. Im Gegenteil. Die Schweiz soll unsicherer, risikoreicher, utopischer, oder mit den Slogans der Initianten ausgedrückt, auf geistige Werte vertrauend, im friedlichen Wirken vorbildlicher, demokratischer und offener werden. Es ist nötig, die Gedankenwelt, Stossrichtung und vor allem die Konsequenzen dieses Vorstosses näher anzusehen.

## Aufforderung zur Selbstaufgabe

In der Forderung nach Abschaffung der Armee und nach einer umfassenden Friedenspolitik symbolisiert sich ein merkwürdig diffuses und

widersprüchliches Denken, das im krassen Gegensatz zur scheinbaren Logik und Konsequenz dieses Begehrens steht. Obwohl ihre Wurzeln weit in den historischen schweizerischen Pazifismus zurückreichen, und obwohl sie ihre 68er Wurzeln nicht verleugnen kann, ist die Initiative ein Kind der Friedensbewegung. Ohne die geschilderte internationale Entwicklung wären die Unterschriften kaum zusammengekommen, hätte auch das verbissene Engagement der kleinen Kerngruppe keinen Erfolg gebracht. Mit dem suggestiven Appell, Sie sind doch auch für den Frieden? Dann müssen Sie hier unterzeichnen, wurden viele geködert, die vom geschilderten Klima zwischen Bangen und Hoffen verunsichert worden waren.

Das Potential der Ja-Sager ist denn auch entsprechend gross. Da sind nicht nur die militanten Aktivisten, die die Abschaffung der Armee als Mittel zu einer anderen (echt sozialistischen?) Schweiz verfolgen; es sind auch die echten Pazifisten, die mit immer neuen Vorstössen ihrer alten Überzeugung Ausdruck geben; es sind die Verängstigten; unter ihnen viele Frauen; die Verunsicherten; diejenigen, die glauben, auf diese Weise dem Frieden am besten zu dienen; es sind aber auch Angehörige von Subkulturen, Aussteiger aus der Gesellschaft und wohl eine nicht geringe Zahl von Verärgerten und von schlichten Drückebergern, für die die Armee mit ihrer Forderung nach Einordnung, nach Disziplin und Gehorsam nichts als eine Zwangsanstalt ist, und die ihr eins auswischen wollen.

Aufschlussreich ist der Katalog der Meinungen aus diesem Spektrum, wie er aus einem kürzlichen Inserat der Gruppe «Schweiz ohne Armee» hervorging. Unter Friedenssicherung wird praktisch alles verstanden; die Erziehung des Menschen zum friedlichen Wesen, die Suche nach innerem Frieden, die Hilfe an die Dritte Welt, die Möglichkeit von Schulreisen in die DDR und Moskau, der Wegfall von Unfällen im Militärdienst — eigentlich alles, ausser der Sicherung eines neutralen Kleinstaates inmitten Europas, um seinen Bewohnern ein Leben in Frieden und Freiheit bewahren zu helfen.

Friedrich Dürrenmatt nannte die Abschaffung der Armee einen ungeheuren Akt der Vernunft. Wir sind sicher, dass — käme sie zustande — sie eine bittere Frucht ungeheurer geistiger Verwirrung wäre, die mit Verstand oder gar Vernunft nicht das geringste zu tun hätte. Sie wäre vielmehr ein klares äusseres Zeichen der Selbstaufgabe mit so vielen negativen Konsequenzen, dass es nicht einmal angeht, verharmlosend von einer Utopie zu sprechen, die eigentlich erstrebenswert wäre und deshalb wenigstens durch schrittweise Annäherung unterstützt werden müsse. Einem ganzen Volk den Verzicht auf Notwehr ohne die Spur eines glaubwürdigen Ersatzes nahezulegen, ist im Grunde eine empörende Zumutung, die bei der Mehrheit zweifellos starke emotionale Reaktionen wecken wird.

So geht es denn auch nicht um den Dialog mit dem kleinen, harten Kern der Initianten, die man nach dem österreichischen Spruch «nicht mal ignorieren» könnte; es geht vielmehr um die Bemühung, die sicherheitspolitische Diskussion von einigen grossen Missverständnissen zu befreien, um auch jenen zu einer vernunftbestimmten Stellungnahme zu verhelfen, die durch Desinformation, Illusion und moralische Nötigung verunsichert sind und täglich weiter verunsichert werden. Zu diesem Zweck sei im folgenden auf drei besonders eklatante Widersprüche hingewiesen:

Ist es nicht widersprüchlich und sonderbar, dass dieselben Kreise, welche die Schweiz entwaffnen möchten, sich nicht genug tun können, Befreiungsbewegungen aller Art zu verherrlichen und gewaltsamen Widerstand gegen Unterdrückung als fraglos gerechtfertigt anzusehen? Sie beklagen nicht selten die Schwäche und materielle Unterlegenheit dieser Kräfte, die in ihren Augen das Interesse des Volkes verfolgen. Warum wollen sie dann aber das Schweizer Volk, das heute unendlich viel bessere Voraussetzungen besitzt, Willkür und Unterdrückung fernzuhalten, unbedingt in die missliche Lage bringen, seine Rechte ohne jede Waffe verteidigen zu müssen? Geht es ihnen vielleicht gar nicht um Demokratie und Unabhängigkeit, sondern um Klassenkampf und Umsturz?

Ein weiterer merkwürdiger Widerspruch liegt in der allgemeinen Tendenz, Sicherheit überall maximieren zu wollen, dabei aber äusserst selektiv vorzugehen und über den aktuellen und naheliegendsten Risiken mindestens so schwere Gefahren souverän ausser acht zu lassen. Heute ist es Mode geworden, sich bis zum Hals gegen jedes und alles zu versichern. Man pflegt sich bei jedem kleinen Brand auszumalen, welche schreckliche Katastrophe daraus hätte entstehen können, wenn ... Nüchterne Feststellungen verantwortlicher Instanzen werden in der Regel als Verharmlosung ausgelegt und damit unterschoben, dass diese Instanzen dem Volke im Grunde Schaden zufügen wollen, wie wenn sie und ihre Angehörigen nicht auch ein Teil dieses Volkes und an der Ausschaltung von Gefahren interessiert wären.

Während also das persönliche Risiko und das Risiko von zivilisatorischen Katastrophen um jeden Preis (wie es scheint, sogar um den der längerfristigen Versorgungssicherheit) minimiert werden sollen, ist man in weiten Kreisen geneigt, im Bereich der internationalen Beziehungen eine eigentliche Risikopolitik zu akzeptieren. Man müsse es halt irgendeinmal wagen, den Frieden anders als mit den klassischen Mitteln der Verteidigungsbereitschaft zu sichern. Zur Stützung dieser These muss immer wieder die Bergpredigt herhalten, die persönlich kaum einer beherzigt, oder die illusionäre, aber um so eifriger kolportierte Meinung, der Friede sei im Grunde gefährdet, weil die Friedlichen noch zu wenig friedliebend seien.

Wenn sie sich nur völlig entwaffneten, würden sie selbst von aggressiven Militärmächten verschont, die ihrerseits im Grunde nur das eine Ziel hätten, selbst in Ruhe gelassen zu werden. Sicherheitsdenken alten Stils, das nur provoziere, sei vielmehr durch ein kühnes Wagnis abzulösen, gleichsam als Initialzündung zu einer unaufhaltsamen, immer stärker werdenden Bewegung in Richtung auf einen Dauerzustand echten und ewigen Friedens.

Im Lichte dieser schiefen, weil illusionären Gedankenführung, ist verständlich, dass es Leute gibt, die selbst die Armee eines neutralen Kleinstaates für gefährlicher halten, als alle möglichen kriegerischen Übergriffe, wogegen sie aufgestellt wurde. Gelegentliche Unfälle im Militärdienst werden ungleich stärker gewichtet als sämtliche Folgen eines Krieges, welche historisch erwiesenermassen durch militärische Bereitschaft abgewendet wurden und auch in Zukunft abgewendet werden könnten.

Der dritte Widerspruch hat seinen Ursprung im sogenannten Wertwandel. Soziologen und Psychiater diagnostizieren seit längerer Zeit einen neuen Individualismus, welcher die Bereitschaft zum Dienst an der Gemeinschaft stark einschränke. Die Zugehörigkeit zu einer Nation, für die man sich einsetzen müsste, gelte ungleich weniger als die Zugehörigkeit zu einer kleineren Interessengemeinschaft. Vollends gehe es immer mehr Leuten um den individuellen Lebensgenuss und nicht mehr um Pflichterfüllung oder gar um Aufopferung für Dritte.

Aufgrund der Leistungsbereitschaft der heutigen Jugend, wie sie nicht nur in den Schulen, sondern auch im Militärdienst zum Ausdruck kommt, hegen wir da gewisse Zweifel, vor allem, was die Verallgemeinerung solcher Erkenntnisse angeht. Was wir aber glauben als sicher annehmen zu dürfen, ist ein Zusammenhang zwischen der geschilderten Entwicklung und einer immer kleiner werdenden Fähigkeit, die modernen Bedrohungen wirklich wahrzunehmen. Wer daran glaubt, dass trotz anhaltenden ideologischen Gegensätzen, trotz der Rivalität der Mächte, trotz gegenseitigem Misstrauen, trotz unerfüllten nationalen Wünschen und geknechteten Völkern, trotz gewaltiger Waffenarsenale und wiederkehrender Zwischenfälle, trotz sozialer Unrast und dem Fanatismus gewaltbereiter Minderheiten nie wieder ein europäischer Krieg möglich sei, wird sich kaum für die äussere Sicherheit einsetzen wollen. Vierzig Jahre Frieden auf dem Kontinent haben ihn für die Vorstellung immun gemacht, was wohl gewesen wäre, wenn die westlichen Völker freiwillig auf ihren militärischen Schutz verzichtet hätten. Kein Wunder, dass er andere Werte als die offenbar ungefährdete Freiheit oder etwa den Schutz vor imaginären Besatzungstruppen für wichtiger hält. Kein Wunder auch, dass demagogische Vergleiche etwa zwischen dem Preis eines Kampfflugzeuges und dem von zig Wohnhäusern als echte Alternativen empfunden werden, bei denen die

Wahl nicht schwerfällt. Dass wir schwerlich noch soziale Werke schaffen oder Entwicklungshilfe leisten könnten, wenn uns die Selbstbestimmung infolge fehlender Selbstbehauptungsmittel einmal genommen würde, bedürfte freilich einer erweiterten und vertieften Überlegung. Auch darum wird das «Restrisiko» eines europäischen Krieges leichthin in Kauf genommen, obwohl man sich gegen jedes andere Restrisiko vehement zur Wehr setzt.

## Die strategische Realität

Kehren wir beim Stichwort «Restrisiko» noch einmal zur strategischen Realität zurück, weil die Unfähigkeit (oder Unwilligkeit) vieler Schweizer, diese Realität nüchtern wahrzunehmen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, ihre ungeschminkte Darstellung immer wieder nötig macht.

Sie kann auf einen verhältnismässig einfachen Nenner gebracht werden. Er lautet: Mögliche Kriegsursachen und die erforderlichen Kriegspotentiale sind auch in Europa nach wie vor gegeben. Dabei steht der allgemeine Atomkrieg mit seiner alles vernichtenden Wirkung in keiner Weise im Vordergrund. Solange auch der Angreifer zu den Verlierern gehört, wird keine Macht ihn entfesseln.

Ähnlich verhält es sich mit dem taktischen Atomkrieg. Trotz der nuklearen Arsenale und Doktrinen für taktische Einsätze, kann man davon ausgehen, dass sie in erster Linie der Abschreckung dienen. Sollten sie je verwendet werden, so ist anzunehmen, dass beide Parteien alles daran setzen würden, die ihnen innewohnende Eskalationsgefahr zu bannen und die Nukleareinsätze auf dem Gefechtsfeld möglichst umgehend wieder einzustellen.

Drei Hauptgefahren aber bleiben für die absehbare Zeit bestehen: Der konventionelle Krieg, der indirekte Krieg und als wahrscheinlich und gefährlichste Variante eine Kombination von beiden. Trotz erweiterten vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen, trotz Abrüstungsschritten und sektorieller Ausmerzung von einzelnen Gefahrenherden wird es Jahrzehnte gehen, bis von einem solchen Tiefstand der Potentiale gesprochen werden kann, der Angriffshandlungen einigermassen glaubwürdig und verifizierbar ausschliesst. Erst wenn alle Nationen Europas, die östlichen inbegriffen, dereinst einmal auf ihre stehenden Heere verzichtet haben werden und sich mit Milizstrukturen à la Schweiz begnügen, wird der Zeitpunkt für grundsätzliche Neuorientierungen unseres militärischen Instrumentes gekommen sein. Man wird dann zwar vermutlich auch nicht einfach abrüsten können, sondern um so konsequenter umrüsten müssen.

Umrüsten auf eine noch bessere Prävention und Abwehr aller Angriffsformen der indirekten Kriegsführung von politischer und wirtschaftlicher Erpressung bis zur Spionage, Sabotage und einem strategischen Terrorismus, der eine hochentwickelte Industriegesellschaft, wie die Schweiz sie besitzt, praktisch lähmen und in die Knie zwingen könnte.

Diese Kriegsform, die nach Massgabe zunehmender Stabilität im atomaren und konventionellen Bereich immer attraktiver wird, kann schon heute mancherorts festgestellt werden. Selbst die Schweiz hat dann und wann bereits Anszeichen davon zu spüren bekommen. Sie würde in einer gesamteuropäischen Anwendung solcher Kriegsformen bestimmt einbezogen werden. Vorgestaffelt oder gleichzeitig mit einem konventionellen Angriff wäre sie eine tödliche Bedrohung für unser Land.

Ereignisszenarien, die zu solchen Entwicklungen führen könnten, finden wir trotz «Normalisierung» ebenfalls häufig in strategischen Kommentaren: Das besonders oft erwähnte trägt die Überschrift: *«Was, wenn Osteuropa explodiert?»* Werden die innere Unruhe und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Ostblock zu offener Gewaltanwendung führen? Wird eine «Gorbatschow-Doktrin» die «Breschnew-Doktrin» ablösen und wie würde sie aussehen? Wie würden die östlichen Staaten, wie der Westen reagieren?

Ein anderes Szenario heisst: *«Was, wenn die NATO zerfällt?»* Es bezieht sich auf die Wandlung der NATO-Strategie, die offiziell zwar geleugnet wird, aber dennoch bereits im Gange ist und Unruhe verursacht. Studien wie das Iklé-Wohlstetter-Papier über eine «Discriminate Strategy» nach dem Jahr 2000 werfen Schlaglichter auf eine mögliche Entwicklung des amerikanischen strategischen Denkens. Überlegungen, wie sie darin über Möglichkeiten und Grenzen der Abschreckung angestellt werden, wurden in Europa bereits mit Misstrauen registriert. Was, wenn der amerikanische Schutz doch einmal wegfällt? Wird Europa versuchen, sich selbst zu verteidigen? Werden Defätismus und Neutralismus überhandnehmen? Und was wäre die Reaktion eines innert zehn bis zwanzig Jahren wiederum erstarkten Ostens?

Ein drittes Szenario bezieht sich auf den insgesamt desolaten Zustand des Südens. Es lautet: *«Was, wenn Drittwelt-Krisen eskalieren?»* Ist es undenkbar, dass Regionalkonflikte nach Europa überschwappen, dass die Supermächte stärker einbezogen werden und ihre hochmilitarisierte Grenze quer durch unsern Kontinent allen Schlichtungsbemühungen zum Trotz wieder in Bewegung gerät?

Verlassen wir solche Spekulationen, obwohl sie nicht ganz unrealistisch scheinen, aber halten wir fest, dass es keinerlei Sicherheiten dafür gibt, dass die momentane Entspannung lange dauert oder gar endlos anhält. Das Risiko gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Staaten ist zwar

kleiner geworden, aber es ist sicher noch um vieles grösser als die Wahrscheinlichkeit eines Friedenszustandes, der einem auf sich selbst angewiesenen Kleinstaat einen radikalen Abbau seiner elementarsten staatlichen Schutzbemühungen erlaubt.

## Folgerungen

Die strategischen Konsequenzen der neuen Entspannung sind somit dreifach: Einmal eine Ideenschwemme im strategischen Denken, bei der es schwierig ist, Bleiblendes und Gewichtiges von blossen Verhandlungspositionen zu trennen. Zum zweiten die punktuellen Entlastungen im Bereich gewisser militärischer Bedrohungen. Zum dritten aber auch die Gefahren der Einschläferung, der Sorglosigkeit und der einseitigen und falschen Gewichtung eines mittelfristig eher wieder zunehmenden Gefahrenspektrums. Sie erzeugen Empfänglichkeit für «friedliche» Formen der Friedenssicherung, obwohl diese aller Erfahrung und aller Voraussicht nach zu untragbaren Risiken führen würden.

Nicht zuletzt darum wäre es falsch, jenen Abwieglern zu folgen, die behaupten, beim aktuellen Anschlag auf die Schweiz und ihre Armee gehe es lediglich darum, einige Tabus zu brechen, das Ausmass unserer Verteidigungsausgaben zu hinterfragen oder militaristische Tendenzen abzubauen. Was auf jenen Feldern getan werden muss, war seit jeher Gegenstand der Diskussion, allerdings in den von der Mehrheit des Parlaments und des Volkes gezogenen Grenzen. Intelligenter Kritik, die in unserer pluralistischen Gesellschaft ebenfalls immer möglich war und ist, wurde denn auch Aufmerksamkeit gezollt. Anderseits haben die Stimmbürger Angriffe gegen unsere Landesverteidigung auch in jüngerer Zeit immer wieder deutlich zurückgewiesen. Dass man sich auf der Verliererseite nach den politischen Niederlagen über den bösen Widersacher beklagte, statt über Wert und Unwert der eigenen Argumente nachzudenken, steht leider auf demselben Blatt.

Es geht auch nicht darum, den Apokalyptikern zu glauben, die uns weismachen wollen, jeder künftige Krieg werde zwangsläufig ein Atomkrieg sein, der jede Verteidigung obsolet mache und dass nur die feige Präventivunterwerfung unser biologisches Leben retten könne. Dass Thesen wie: *«Lieber rot als tot»* defätistischer Unsinn sind, sollte inzwischen zum Allgemeinwissen gehören. Sie wurden sowohl von der Geschichte der letzten 40 Jahre wie auch von den Gesetzmässigkeiten moderner Strategie längst widerlegt. Das übliche «worst-case-Denken» und die davon ausgehende Panikmache trübt (mit Absicht?) lediglich den Blick für die weitaus wahrscheinlicheren Gefahren indirekter und konventioneller Kriegführung, gegen die aber ein starker Schutz möglich ist.

Es geht vielmehr darum, die Herausforderung durch eine unbeschönigte *Vision einer Schweiz ohne angemessene Verteidigung* zu kontern, und sich genau vorzustellen, wie es denn wirklich wäre, wenn die Schweiz eines Tages die ihr so eindringlich empfohlene *Risikopolitik* einschlagen würde:

- Wie stünden wir vor den europäischen Staaten da, die an die Vertragstreue und Verlässlichkeit der zur bewaffneten Neutralität verpflichteten Schweiz bis anhin glaubten?
- Wie würden wir die Machtblöcke und unsere Nachbarn davon abhalten, ihre Interessen im entstehenden Machtvakuum Schweiz militärisch wahrzunehmen?
- Wie würden wir im Falle eines Krieges verhindern, dass sich fremde Streitkräfte in unserem Luftraum und auf unserem Boden bekämpfen und unsere Bevölkerung in besetzten Gebieten drangsalieren?
- Wie würden wir unseren Wirtschaftspartnern beibringen, dass die Schweiz nach wie vor ein sicherer Werk- und Finanzplatz sei, nachdem sie zur Gewaltanwendung, zu Sabotage und Terrorismus geradezu einlädt?
- Wie würden wir den Schutz internationaler Konferenzen (doch wohl auch ein Beitrag zum Frieden) und den Schutz der Bevölkerung vor Übergriffen, wie die Hilfeleistung bei Katastrophen weiterhin praktisch sicherstellen?
- Wie würden wir unsern Staat, der in hunderten und aberhunderten von Funktionen von unserem Milizsystem abhängt, ohne Verlust an Zusammenhalt und Effizienz und ohne ein immenses zusätzliches Beamtenheer umstrukturieren?
- Und wie rasch könnte ein dem heutigen ähnlicher wirksamer Verteidigungsapparat erneut aufgezogen werden, wenn sich der politisch-strategische Horizont wieder einmal verdüstert und die uns heute angepriesene «glaubhafte Friedenspolitik» sich klar als zu schwacher Schutz erwiese?

Das Resultat solcher und ähnlicher Überlegungen ist kaum zweifelhaft. Es zwingt uns aber glücklicherweise nicht zur sterilen Wahl zwischen dem Schlechten und einem noch Schlechteren. Eine durchaus befriedigende Lösung ist in unserer seit langem praktizierten Sicherheitspolitik bereits vorhanden. Mit ihrer Zweikomponentenstrategie garantiert sie mit einem durchaus vertretbaren Aufwand sowohl eine langfristige Friedenssicherung und Krisenbeherrschung mit geistigen, diplomatischen und humanitären Mitteln als auch einen bewahrenden und schützenden Kriegsverhin-

derungs- und Verteidigungsapparat. Dass wir diese Sicherheitspolitik den äusseren Gegebenheiten und dem sich wandelnden Bedrohungsspektrum laufend anpassen müssen, steht ausser Frage; dass aber das hiefür nötige innere und äussere Dauerengagement weitaus wirksamer ist als jede noch so verlockend geschilderte Risikopolitik, wird sich aller gegenteiligen Propaganda zum Trotz als überzeugend erweisen.

Die ATAG-Gruppe

Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung
Wirtschaftsinformation

ATAG
Allgemeine Treuhand AG
MITGLIED VON ARTHUR YOUNG INTERNATIONAL